



## Gewerkschaft fordert kostenlose Masken für Reinigungskräfte

IG BAU: Firmen sparen an der Sicherheit und am Lohn

Duisburger Reinigungskräfte müssen um ihre Gesundheit bangen, wenn sie sich in der Coronakrise um die Hygiene in Büros, Schulen und Krankenhäusern kümmern. Für den Großteil der 3900 hiesigen Beschäftigten dieser Berufsgruppe stehen nach Einschätzung der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) nicht genügend kostenlose Masken zur Verfügung. Die Gewerkschaft kritisiert, es komme immer wieder vor, dass Reinigungsfirmen beim Arbeitsschutz knausern und Beschäftigte den dringend benötigten Mund-Nasen-Schutz schließlich aus der eigenen Tasche bezahlen müssen.

„Es kann nicht sein, dass ausge-rechnet die Menschen, bei denen das Einkommen kaum für Miete und Lebensunterhalt reicht, auf den Kosten der beruflich genutzten Masken sitzenbleiben“, sagt die Bezirksvorsitzende Karina Pfau. „Besonders schwer ist es für Teilzeitkräfte und Minijobber. Das muss sich schnell ändern.“

Der Arbeits- und Gesundheits-schutz zähle zu den Fürsorgepflichten des Arbeitgebers, betont Pfau. Daran dürfe nicht gespart werden. „Das Tragen einer Atemschutzmaske ist aktuell Pflicht und erst recht notwendig, wenn Beschäftigte sich



Ein Großteil der 3900 Duisburger Reinigungskräfte bleibt auf den Kosten für Masken sitzen. FOTO: IG BAU

am Arbeitsplatz einer erhöhten Infektionsgefahr aussetzen“. Daher ruft die IG BAU Duisburg-Niederrhein die Reinigungsfirmen in der Region dazu auf, umgehend für ausreichend Atemschutzmasken zu sorgen, am besten nach dem FFP2-Standard. „Betroffene berichten davon, dass sie bislang – wenn überhaupt – nur eine einfache OP-Maske kostenlos bekommen. Wenn es nach dem Arbeitgeber geht, soll die dann mehrere Tage halten. Wer den Mundschutz mehrmals täglich wechselt, muss dafür selbst aufkommen“, berichtet die Gewerkschaftlerin. Dieser Missstand müsse dringend behoben werden.

Wichtig findet sie außerdem, dass die Firmen die besten Masken für

die Sicherheit der Beschäftigten zur Verfügung stellen und zusätzlich über den richtigen Gebrauch der sogenannten Aerosol-Filter informieren.

### Die Gewerkschaft fordert auch Erschwerniszuschlag

Viele Reinigungsfirmen würden sich jedoch nicht nur an der Sicherheit ihrer Beschäftigten sparen, sondern auch am Lohn, kritisiert die Gewerkschaft. Denn nach ihrer Ansicht müsse für das Tragen der Maske der Erschwerniszuschlag im Rahmentarifvertrag gezahlt werden. „Wer stundenlang unter einer Maske körperlich schwer arbeitet, hat den Lohnaufschlag verdient“, erklärt Pfau.

## WAZ DU

### Mehr Homeoffice für Polizisten in NRW

Möglichkeiten sollen erweitert werden. Gewerkschaften sind zufrieden mit dem neuen Erlass

Von Matthias Korfmann

**Düsseldorf.** Nordrhein-Westfalen will wegen der Corona-Pandemie mehr Polizisten als bisher ins Homeoffice schicken. Ein neuer Erlass an alle Polizeibehörden im Land sieht vor, dass möglichst viele Beamte ihre Arbeit in Heimarbeit erledigen sollen. Die Polizei vor Ort müsse und werde aber demnach weiter für die Bürger jederzeit erreichbar sein.

Schon seit März sollen Landesbehörden verstärkt auf das Instrument

Homeoffice zurückgreifen. Unter dem Eindruck der Bund-Länder-Beschlüsse zu mehr Heimarbeit in Unternehmen werden die Möglichkeiten für Polizisten nun bis mindestens Mitte März 2021 erweitert. Bisher waren die Polizeibehörden zum Beispiel gehalten, zuerst alle Möglichkeiten, die die Räume in den Wachen bieten, auszuschöpfen, um den Sicherheitsabstand zu vergrößern und erst dann Homeoffice anzubieten. Diese Bremse für Heimarbeit wird jetzt offenbar gelockert.



Geht so etwas künftig wohl auch daheim? FOTO: SOCIETAS/ASSOS/FFS

Bürger müssten aber auf keinen Fall befürchten, dass keine Polizisten mehr in den Wachen arbeiten,

hieß es gestern im NRW-Innenministerium.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in NRW ist zufrieden mit dem Erlass. Sie hatte das Innenministerium ermahnt, sich beim Thema Corona nicht weiter „durchzuzwischen“. Der Dienstbetrieb müsse reduziert, Homeoffice ausgeweitet werden. Dies sei bislang „verschlafen“ worden, hieß es. Wer von Bürgern und Wirtschaft Einschränkungen fordere, müsse dies auch im öffentlichen Dienst vorleben.

„Jetzt kommt endlich Bewegung

in die Sache“, sagte GdPLandeschef Michael Mertens dieser Redaktion. Das Innenministerium solle nun „bei den Behördenleitern Überzeugungsarbeit leisten“, so Mertens. Denn nicht alle Polizeichefs hätten verstanden, wie wichtig Homeoffice sei.

Der Deutsche Beamtenbund in NRW forderte für den öffentlichen Dienst klare gesetzliche Regelungen für das Arbeiten von zuhause aus. Seit Beginn der Corona-Pandemie hätten sich die Arbeitsbedingungen kaum verbessert.